

Strom confidential.

Schweizerische Gesandtschaft.

Berlin, den 10^{ten} Mai 1888.

Hoheachtungster Herr Bundesrath

Den in meinem Berichte vom 7^{ten} d. M. habe ich die Ansicht vertreten, die Gründe für die Haltung der deutschen Regierung, anlässlich der Vorkommnisse der letzten Monate, dürften ausschliesslich in der „Sozialistenfrage“ liegen.

Treten wir nun der Frage näher, wie wir uns nach dieser Richtung den aktuellen Charakter der gedachten Differenzen zu erklären haben.

Dass die deutsche Regierung dem Treiben der Sozialdemokraten in der Schweiz schon seit Jahren mehr Aufmerksamkeit zugewendet hat, als es bei uns gemeiniglich angenommen worden ist, und dass die hiesige Kritikierung über die Angriffe des „Sozialdemokrat“ in Zürich gegen die staatliche Ordnung Deutschlands und gegen den Kaiser und die kaiserliche Familie nicht neuem Datum's ist, brauche ich nicht besonders hervorzuheben. So viel mir

Herrn Bundesrath Dr. Bern.

BAR

50

172



bekannt, bezogen indess, trotz dieser Bestimmung, die
 deutschseits gelegentlich in Bern gemachten Vorstellungen
 bis vor ganz kurzem doch mehr das Gepräge von confidantill
 und in ruhiger Sprache mitgetheilten Bedenken und
 Wünschen und skimm, diese Angelegenheit wegen, unsere
 guten Beziehungen nie ernstlich in Frage zu stellen.

Ich kann mich wenigstens nicht erinnern, aus
 Berichten von Bern oder im mündlichen Verkehr mit
 Ihnen, Herrn Bundesrath, und Herrn Herrn Collegen, früher
 jemals einen geenthlichen Eindruck erhalten zu haben.

In Berlin, und zwar nicht nur im Verkehr mit
 den Anwesenden Anthe, sondern auch im Privat. Umgange
 mit den maßgebenden Spitzen und Räten desselben und
 auch mit andern offiziellen Persönlichkeiten, sojylichen
 auch in der officiösen Refae, bin ich ebenfalls hinwlei
 Kenntnissungen bezeugt, welche mich hätten besirchten
 lassen, es könnte die Sozialistenfrage zwischen Anseinanden.
 schungen und Existieren zwischen uns u. der deutschen
 Regierung führen, wie solche neulich nun doch stattgefunden haben.

Hiermit soll nicht geayt sein, dass ich im geantkhaftlich

Schweizerische Gesandtschaft.

Berlin,

Verkehr mit der officiellen Welt nicht nur noch oft
 klagen über das Treiben der deutschen Sozialdemokraten in
 der Schweiz und Wünsche betreffend „stärkeres“ Vorgehen
 gegen dieselben Seiten unserer Behörden vernommen hätte.

Hierüber und über sachbezügliche Auslassungen der
 Presse habe ich auch, je nach der Bedeutung der mir zuwerd-
 enden Mittheilungen, periodisch nach Bern berichtet.

Angesehen für eine merkliche Verschärfung der diesen Verhältnisse
 wegen hier herrschenden Missstimmung lagen aber, nach
 meiner Wahrnehmungen, bis vor kurzer Zeit, wie schon
 bemerkt, nicht vor.

Dass ich es von jeher vermieden habe, diese Frage im
 Auswärtigen Amte von mir aus zur Sprache zu bringen
 und dass mir von Bern aus auch zu keiner Zeit Instruktionen
 ertheilt oder Andeutungen gemacht worden sind, welche
 mich hiezu veranlassen lassen könnten, man wünsche
 doch, dass ich aus meiner reservirten Haltung heraustrete,
 ist Ihnen zur Genüge bekannt. Ich darf wohl beifügen,
 dass anlässlich ^{meiner} mündlichen Verkehres (in Bern) mit dem

jeweiligen Herrn Vorsteher des politischen Departements,
 mir im Gegentheil wiederholt ausdrücklich empfohlen
 worden ist, ~~von~~ meinem bisherigen Verhalten nicht abzugehen.

Wenn letzteren Ausführungen betrachte ich defowigen
 nicht als überflüssig, weil ich die Eventualität nicht als
 ausgemaklos betrachte, dass bei der demaligen Sachlage die
 Frage aufgeworfen wurde, wie es komme, dass ich nicht in
 der Lage gewesen sei, den Bundesrath rechtzeitig über die
 Wendung der Dinge zu orientieren und gewisse Reclamati^{onen}
 vorzubringen.

Auf welchem Zeitpunkt und auf welche Vorwissen
 dürfte nun die Verschleierung der früheren Situation zurück-
 zuführen sein?

Ich finde den Ausgangspunkt hierfür in dem Erscheinen
 des „Roten Teufel.“

Verschärfend wirkte dann offenbar der Umstand, dass
 die Erledigung des Unrusenke betreffend dieses Pamphlets
 und betreffend das Gebahren der Sozialdemokraten in Zürich
 im Allgemeinen so lange auf sich warten liess, bzw. dass

dem Untersatz, nach deutscher Auffassung, durch die
 » den Sozialdemokraten günstig gestimmten zürcherischen
 » Behörden verschleppt und gar nie ernst genommen worden
 » sei.

Auch der Sozialisten Kongress in Schönenwerfen, bei
 St. Gallen, bray dem das Sünige bei mir gab derselbe
 betreffend » Gewählenslufen seitens schweizerischen Behörden.
 viel zu reden und zu klagen.

Dafs jedoch die Missstimmung der deutschen Regierung
 über diese verschiedenen Momente uns gegenüber, trotz der
 veränderten Sachlage, in ganz anderer und viel geräuschigeren
 Form zum Ausdruck gebracht werden wäre, wenn sich
 inzwischen nicht neue Complicationen ereignet hätten,
 ist für mich zweifellos.

Mit der Affaire Fischer war nun aber die Situation
 gründlich verändert und selbst für den Fall, dafs
 wir in der Lage gewesen wären, der deutschen Regierung
 noch vor der bevorstehenden Reichstagsitzung Erklärungen
 betreffend amtliche Missbilligung und Abänderung des
 Fischer'schen Verhaltens abzugeben, würde diese neue Situation

in der Hauptsache doch dieselbe geblieben sein.

Die kaiserliche Regierung fühlte sich durch den Sineser - Rebel' einen Überfall aufs Empfindlichste getroffen. Mittler in der Debatte über die neue Sozialisten - Vorlage und bereits nervös über die ungunstigen Ansichten des. Durchdringens der Hauptbestimmungen derselben, griffen ihre größten Gegner plötzlich mit Entschlüssen in die Verhandlungen ein, welche geeignet waren, ihre politische Polizei vor der ganzen Welt zu discreditiren und zwar mit Entschlüssen, welche - so hies es - von einem Beamten eines befreundeten Staates vertreten derjenigen Partei zur Kapfierung gestellt worden waren, welche sich als offene Feinde der Staatlichen Ordnung Deutschlands bekenneten. Als Spezialmoment trat noch hinzu, dass durch diese Entschlüssen der Chef der hiesigen politischen Polizei, Direktor Krüger, in ein auswärtigen Amte, welchem er zugetheilt ist, sehr geschätzter Beamter, auch persönlich in hohem Grade blorgesetzt war.

Dass diese Vorfälle, ^{zumal} bei den hiesigen Begriffen von

Beamten. Disciplin, in der öffentlichen Meinung
und zwar bei allen politischen Partein, - die Gegner
der Regierung natürlich ausgenommen, - eine allgemeine
Reprobation und Erbitterung hervorgerufen hatte, ist
auch in der That begründet.

In dieser Erbitterung, sagen wir geradezu, in
dem akut ausgebrochenen Forme der Regierungskrise über
die Fische' ohne Indiscussionen und deren Konsequenzen
und in dem nunmehr in hohem Grade genährten Miß-
trauen der Kaiserl. Regierung gegenüber unseren Kantonalen
Behörden, für sich an die Spitze, ist der Schlüssel zu suchen,
für die Erklärung der scharfen Form der letzten Proklamationen
betreffend die Sozialdemokraten, für die Empfindlichkeit
des Amvartigen Amtes gegenüber der Basler-Festnahme-
Affaire etc. etc. etc.

Dieses Mißtrauen, namentlich für sich gegenüber,
dürfte auch sobald nicht weichen, namentlich wenn
Taktlosigkeit, wie die Thierbruterie und Bestrafi des
Kulturbundjunktur Lang an der Abschiedsfeier der
Sozialdemokraten, sich wiederholen sollten.

Hier liegt der Schwerpunkt. Anschließliche Parteinahme

Schweizerischen Behörden oder Beamten zu Gunsten
 der Gegner der staatlichen Ordnung in Deutschland
 und Indiskretionen in Untersuchungsachen auf polit.
 inhem Gebiet erbitten die kaiserl. Regierung am Meisten
 und könnten schliesslich zu einer chronischen Verstimmung
 derselben führen, welche für uns in der That auch noch
 andere Gefahren in sich schliessen würde, als diejenigen
 von denen in der letzten Zeit die Rede war.

Nach dieser speziellen Richtung wickelt nun
 unsere Behörden besondere Sorgfalt und Umsicht
 empfehlen und dürfte z. B. die Angelegenheit O'Danne
 in Zürich auch mit grosser Vorsicht zu behandeln sein.

Das Gebot der sozialdemokratischen Presse fällt und
 in zweiter Linie in Betracht und wird uns, Fälle argen
 Excessen natürlich angewiesen, auch in der Folge nicht in
 so empfindlicher Weise Belästigungen durch die deutsche
 Regierung zuziehen, wie beim Vorfälle obiger Art.

Gutzuwisse Sie, Herr Bundesrath, die Versicherung
 meiner angezeigtesten Hochachtung.

Ihr ergebener
 Roth

Ein Ausnahmefall, welcher mit dem Willen des Bundesrats im Einklang steht, ist
 nicht zu bejahen, sondern muss als ein Verstoß gegen die Bundesgesetzgebung
 angesehen werden.